

Regierungserklärung zur Lage in der Ukraine

Russland bricht das Völkerrecht

In Ihrer Regierungserklärung zur Krise in der Ukraine am Donnerstag kritisierte die Bundeskanzlerin das Verhalten Russlands scharf und stellte härtere Sanktionen in Aussicht, sollte Russland nicht einlenken. Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Gerda Hasselfeldt sieht die „Stunde Europas“ gekommen.



Foto: picture alliance/dpa

Die Sorge vor einer militärischen Intervention wächst. Eine Lösung ist jedoch nur mit Russland zu erreichen.

In ihrer Rede zeigte sich Bundeskanzlerin Merkel notfalls zu einem härteren Vorgehen gegen Russland entschlossen. 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs und 25 Jahre nach dem Mauerfall warf sie Russland vor, eine Politik aus dem vergangenen Jahrhundert zu betreiben und gegen die Prinzipien des Völkerrechts zu verstoßen. Mit seinem Eingreifen auf der Krim setze Russland das „Recht des Stärkeren über die Stärke des Rechts“. Zugleich betonte sie aber auch, dass ein militärisches Eingreifen seitens Deutschlands oder der EU keine Option darstelle und verwies auf einen „politisch-ökonomischen Dreiklang“ zur Lösung der Krise. Dies beinhalte den Einsatz einer internationalen Beobachtermission sowie einer Kontaktgruppe, um der Diplomatie weiter Raum zu geben. Darüber hinaus sicherte sie der Ukraine finanzielle Hilfen zu, unterstrich deren territoriale Integrität und zeigte sich solidarisch mit der ukrainischen Übergangsregierung.

Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt dankte in ihrer nachfolgenden Rede im Plenum ausdrücklich für das besonnene Handeln von Bundeskanzlerin sowie Außenminister und erinnerte an die Menschen in der Ukraine, die in ihrem Kampf für Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie in den letzten Wochen großen Mut bewiesen haben.

Auch sie warf Russland inakzeptables Verhalten vor sowie eine Verletzung des Völkerrechts und bilateraler Verträge, betonte aber zugleich, dass ein dauerhafter Frieden nur mit Russland möglich ist. Deshalb sei es wichtig, umsichtig zu handeln und Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Hasselfeldt unterstrich die Notwendigkeit der Sicherung von Freiheits-, Menschen- und Minderheitenrechten sowie der territorialen Integrität der Ukraine, wozu notfalls auch stärkere Druckmittel eingesetzt werden müssen. (mh)

**Besonnen und
entschlossen
handeln**



Liebe Leserinnen und Leser!

Die Geschichte stellt uns gerade vor längst bewältigt geglaubte Herausforderungen. Das russische Vorgehen auf der Krim konfrontiert uns direkt an der Grenze zur Europäischen Union mit der Frage, wie wir unseren Grundwerten gegen den übermächtigen Nachbarn der Ukraine zur Geltung verhelfen können. Die Krim zu annektieren, dieses Bestreben Russlands verstößt gegen jedes Prinzip, das sich Europa und die Weltgemeinschaft gegeben haben. Es verstößt mit der Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine gegen die UN-Charta, gegen die Charta der OSZE, gegen die Ziele des Europarates und auch gegen explizite, in Abkommen getroffene russische Verpflichtungen.

Wir können die jetzige Situation nicht ohne Russland lösen. Das mag angesichts des völkerrechtswidrigen Verhaltens frustrierend sein, es ist aber die Realität. Das Gebot der Stunde ist daher jetzt Besonnen- und Entschlossenheit. Wir werden unsere Möglichkeiten bei jeder notwendigen Reaktion nicht überschätzen, aber auch nicht ängstlich sein. Wir geben uns Mühe, Russland zu verstehen; für eine Lösung wird aber auch der russische Präsident verstehen müssen, wie robust unsere Werte sind. Jede unserer Reaktionen wird etwas bewirken – dies sollte niemand unterschätzen.

Es ist dabei entscheidend, dass Europa und die internationale Gemeinschaft geschlossen dem russischen Nachbarn entgegengetreten. Dieses Zusammenhalten ist gerade mit Blick auf die unterschiedlichen Erfahrungen der EU-Länder mit Russland auch auf europäischer Ebene eine weitere Herausforderung. In der Europäischen Union richten sich die Blicke wieder einmal auf Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Bei all dem gilt: Angesichts der Situation der Menschen in der Ukraine geht es uns vor allem darum, den Menschen und dem Land zu helfen. Auch das ist das Gebot der Stunde.



Florian Oßner MdB

CSU-Delegation beim Europawahl-Kongress in Dublin

Uns eint der Glaube an die Menschenwürde

CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt vertrat zusammen mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer Max Straubinger und weiteren CSU-Politikern die Christlich-Soziale Union auf dem Europawahlkongress der Europäischen Volkspartei (EVP) im irischen Dublin.

Auf dem Kongress der Europäischen Volkspartei (EVP) in Dublin hat Bundeskanzlerin Angela Merkel den Blick auf die Grundprinzipien der Europäischen Union gerichtet. „Uns eint der Glaube an die Menschenwürde, die Meinungsfreiheit, die Religionsfreiheit, die Pressefreiheit und die Reisefreiheit.“ Bei aller politischen Diskussion gebe es keinen Zweifel an diesen Grundprinzipien. Die EVP kämpfe auch weiterhin für ein Europa, in dem Demokratie und Freiheit selbstverständlich sind.

Die Verabschiedung des Europawahlprogramms war einer der Schwerpunkte des Kongresses. Bevor dieses einstimmig angenommen wurde, brachte die CSU Änderungsanträge ein: Zum einen machte sie sich stark



Foto: CSU-Landesgruppe

CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt (Mitte) und der Parlamentarische Geschäftsführer Max Straubinger (links) führten die CSU-Delegation in Dublin an.

für ein gemeinsames europäisches Aufsichtssystem für alle systemrelevanten Banken, zum anderen für eine Befürwortung von Maßnahmen zum Schutz der finanziellen Interessen der EU statt einer Unterstützung der Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft.

Beide Änderungsanträge wurden mehrheitlich angenommen. Auf dem Kongress wurde ebenfalls der EVP-Spitzenkandidat für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten gewählt. Hier setzte sich der ehemalige luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker durch.

Diese Woche

- Regierungserklärung zur Lage in der Ukraine
Russland bricht das Völkerrecht 1
- CSU-Delegation beim Europawahl-Kongress in Dublin
Uns eint der Glaube an die Menschenwürde 2
- Bundestags-ABC
Was heißt eigentlich ... eine Rede zu Protokoll geben? 2
- Gründungsbedingungen in der digitalen Wirtschaft
Digitalisierung als Wachstumstreiber der Wirtschaft 3
- Neuer DBK-Vorsitzender
Hervorragende Wahl 3
- Hebammen
Unschätzbare Dienst 3
- Genhoniig
Überflüssiger Antrag 3
- LG-offene Sitzung zum Thema Energie
Unsere Wirtschaft braucht Planungssicherheit 4
- Gleiche Chancen
Führungspositionen in Teilzeit 4
- Haushaltskonsolidierung
Haushalt ohne neue Schulden 4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Pleyer Landshut

Verantwortliche Redakteure: Christina Harbusch
Andreas Reindl (ar), Manuel Hellmanzick (mh)
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-ABC

Was heißt eigentlich ... eine Rede zu Protokoll geben?

* RzP (Reden zu Protokoll)

Foto: Auszug Blauer Plan CDU/CSU-Fraktion

„Zwischenrufe sind für mich ein belebendes Element. Sie geben die Chance zur spontanen Antwort und können, geschickt gekontert, das Publikum erwärmen und erheitern“, sagte Franz Josef Strauß. Es ist schwer vorstellbar, dass einer wie er freiwillig auf sein Rede-Recht im Parlament verzichtet hätte. Aber dennoch: Die Geschäftsordnung des Bundestages sieht vor, anstelle einer Aussprache im Plenum „Reden zu Protokoll zu geben“. Das bedeutet, dass der Abgeordnete die Rede nicht im Plenum hält, sondern sie schriftlich einreicht. Die Reden erscheinen im Plenarprotokoll, dem stenographischen Bericht der jeweiligen Sitzung des Bundestages, und stehen der Öffentlichkeit zur Verfügung. Somit ist es immerhin möglich, die Rede nachzulesen. Solche Reden gelten dann übrigens auch als gehalten. Die

Einführung dieser Regelung wurde notwendig, da die Tagesordnung manchmal aus allen Nähten platzt, viele Punkte aber auch nicht aufgeschoben werden können. So kann man die Effizienz des Parlamentsbetriebs aufrecht erhalten, gleichzeitig aber verhindern, dass die Abgeordneten an den Sitzungstagen beinahe rund um die Uhr im Plenum sitzen. Welche Reden wirklich in der Debatte stattfinden, und welche „nur“ zu Protokoll gegeben werden, entscheiden die Fraktionen. Allerdings haben sich die Fraktionen verständigt, Reden nur in seltenen Ausnahmefällen zu Protokoll zu geben. Außerdem findet in einem modernen Arbeitsparlament, wie es der Bundestag ist, der Meinungsstreit über Gesetze vor allem im Vorfeld der Debatte statt, beispielsweise in den Fraktionssitzungen und den Ausschüssen. (ar)

Gründungsbedingungen in der digitalen Wirtschaft

Digitalisierung als Wachstumstreiber der Wirtschaft

Die weltweit größte Messe für Informationstechnik (CeBIT), die in dieser Woche unter dem Motto „Datability“ stattgefunden hat, ist für die Regierungsfractionen Anlass, dem Deutschen Bundestag einen umfassenden Antrag zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf den Wirtschaftsstandort Deutschland vorzulegen.

Im Mittelpunkt der Debatte standen vier zentrale Themen: Breitbandausbau, digitale Sicherheit, Stärkung des Gründerklimas und Wirtschaftsförderung, insbesondere der sogenannten „Industrie 4.0“. Die digitale Wirtschaft und das Internet sind Wachstumstreiber und müssen dementsprechend gefördert werden. Wichtig ist hier die Unterstützung der jungen, innovativen Köpfe, die neue Techniken, Dienstleistungen und Produkte auf den Markt bringen wollen. Um Gründungen und „Start-Ups“ zu erleichtern, sieht der Antrag vor, bürokratische Hürden abzubauen und die Finanzierungsmöglichkeiten zu erleichtern. Das aber nicht nur durch staatliche Förderprogramme, sondern darüber hinaus sollten private Investoren den Mut aufbringen, in neue Ideen zu investieren, beispielsweise



Foto: picture alliance/dpa

Schnelles Internet für alle Bürger. Insbesondere der ländliche Raum soll vom Breitbandausbau profitieren.

durch das „Crowd-Funding“. Damit Deutschland digital weiter wächst, müsse die Zahl der Gründungen gesteigert werden, sagte der CSU-Abgeordnete Hansjörg Durz in seiner ersten Rede im Bundestag: „Deutschland braucht verstärkt Innovationen, um im globalen Wettbewerb weiter-

hin erfolgreich bestehen zu können“, so Durz. Damit der ländliche Raum auch in Zukunft nicht von der digitalen Entwicklung abgehängt wird und weiterhin attraktiv und wirtschaftlich stark bleibt, sollen alle Bürger in Deutschland einen leistungsfähigen Internetzugang bekommen. (ar)

Neuer DBK-Vorsitzender



Foto: picture alliance/dpa

Hervorragende Wahl

Die deutschen Bischöfe haben den Münchner Kardinal Marx zum Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) gewählt. CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt gratulierte dem Neugewählten: „Es freut mich sehr, dass mit Reinhard Kardinal Marx künftig der Erzbischof von München und Freising an der Spitze der Deutschen Bischofskonferenz steht. Kardinal Marx ist ein überzeugender, glaubwürdiger, profilierter und durchsetzungsstarker Repräsentant der Katholischen Kirche in Deutschland. Er ist eine hervorragende Wahl. Für seine neue Funktion wünsche ich ihm Kraft, Beharrlichkeit und Gottes Segen.“

Hebammen



Foto: picture alliance/dpa

Unschätzbare Dienst

Hebammen leisten einen unschätzbaren Dienst für Familien und Gesellschaft. „Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, die Situation der Hebammen im Speziellen zu beobachten und für eine angemessene Vergütung zu sorgen“, so der Parlamentarische Geschäftsführer, Max Straubinger. Ein besonderes Augenmerk liege auf den steigenden Berufshaftpflichtprämien. Jetzt werde der Bericht einer Arbeitsgruppe erwartet, auf dessen Grundlage an einer tragfähigen Perspektive gearbeitet wird. „Wir brauchen eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik, damit die Versorgung auch dauerhaft gesichert bleibt“, so Straubinger.

Genhonig



Foto: picture alliance/foodcollection

Überflüssiger Antrag

Die Grünen haben die geplante Änderung der EU-Honigrichtlinie im Bundestag auf die Tagesordnung gesetzt. Sie fordern die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Pollen als Zutat im Honig. Die CSU-Landesgruppe hat diesen Antrag abgelehnt, denn die Kennzeichnungspflicht ist überflüssig. Wir haben in Deutschland keinen Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Deshalb gibt es auch keine Pollen aus GMO-Pflanzen, die von Bienen aufgenommen und in den Honig gelangen könnten. Honig von deutschen Imkern ist ohne Gentechnik. Klar ist: Die CSU-Landesgruppe lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel ab.

Landesgruppenoffene Sitzung zum Thema Energie

Unsere Wirtschaft braucht Planungssicherheit

Die bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Energie, Ilse Aigner, war zu Gast bei der CSU-Landesgruppe, um über die Herausforderungen der Energiewende in Bayern zu diskutieren. Thema des Gesprächs war die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, über die die schwarz-rote Bundesregierung im April entscheiden will.

Angesichts der EEG-Novelle wies die Ministerin insbesondere darauf hin, dass die Wirtschaft Planungssicherheit brauche. Für den Wirtschaftsstandort Bayern sei eine verlässliche und bezahlbare Stromversorgung unverzichtbar. Wegen steigender Strompreise und Zweifeln an der Versorgungssicherheit verlagerten Unternehmen neue Produktionskapazitäten bereits zunehmend ins Ausland. Dies sei für die weitere wirtschaftliche Entwicklung und für Arbeitsplätze alarmierend. Deshalb müssten im ersten Halbjahr klare Weichenstellungen und neue Prioritäten zum Gelingen der Energiewende gestellt werden. Ministerin Aigner unterstrich des Weiteren die Bedeutung der Versorgungssicherheit und in diesem Zusammenhang der klimafreundlichen Stromerzeugung:



Foto: CSU-Landesgruppe

Staatsminister Ilse Aigner und die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt

Es sei wichtig, die schwankende Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien nicht durch klimabelastenden Kohlestrom auszugleichen, sondern durch hocheffiziente, konventionelle Gaskraftwerke. Mit der sogenannten „Power-to-Gas“-Technologie kann Strom, der aus Erneuerbaren

Energien gewonnen, aber nicht gebraucht wird, in Gas umgewandelt und gespeichert werden. Bei Bedarf könne das Gas mit Hilfe von Gaskraftwerken rückverstromt werden. Zudem verwies Aigner darauf, dass Biogasanlagen bei der Versorgungssicherheit eine immer größere Rolle spielten. Der Vorteil sei, dass diese im Gegensatz zu Wind- und Solarkraft grundlastfähig sind und Strom einspeisen könnten, wenn er gebraucht werde. Zum Thema Bau neuer Stromtrassen bemerkte Aigner, dass die Erdverkabelung zwar grundsätzlich möglich, jedoch noch deutlich teurer als der Bau von vergleichbaren Freileitungen sei. Die Erdverkabelung dürfe als Alternative zu Freileitungen aber nicht von vornherein ausscheiden, sondern sollte in die Prüfungen einbezogen werden. (ar)

Gleiche Chancen



Foto: picture alliance/dpa

Führungspositionen in Teilzeit

Unter der Überschrift „Mehr Zeitsouveränität - Neue Wege für gleiche Chancen von Frauen und Männern“ haben die Regierungsfractionen einen Antrag eingebracht. Wir nehmen unseren Koalitionsvertrag beim Wort und setzen uns für bessere Möglichkeiten zur flexiblen Gestaltung von Arbeitszeiten ein. Wir weisen auf die Bedeutung einer Verbesserung der Wahlfreiheit für berufstätige Männer und Frauen hin und wir wollen Frauen wie Männer in die Lage versetzen, ihre Verantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige besser mit ihrem Beruf vereinbaren zu können. Unser Ansatz ist, die Rahmenbedingungen so flexibel zu gestalten, dass Frauen und Männer selbst über die beste individuelle Lösung entscheiden können. Dazu gehören unter anderem das Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Arbeitszeit nach einer Teilzeitphase, die Möglichkeit der Teilzeitausbildung, die gezielte Förderung von Führungspositionen in Teilzeit oder etwa eine Flexibilisierung der Elternzeit. Gleichzeitig werden wir uns weiter um die Förderung der Betreuungsinfrastruktur kümmern.

Haushaltskonsolidierung



Foto: picture alliance/Arco Images GmbH

Haushalt ohne neue Schulden

Der Bund will im kommenden Jahr erstmals seit 1969 ohne neue Schulden auskommen. Damit hätten wir endlich die Zeitenwende geschafft, die wir in Bayern bereits über viele Jahre erreicht und auf die wir im Interesse Deutschlands so lange hingearbeitet haben. „Das ist ein Erfolg der soliden Finanzpolitik der Union“, so der haushaltspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Bartholomäus Kalb.

Für 2014 plant die Regierung noch mit einer Nettokreditaufnahme von 6,5 Milliarden Euro, von denen allerdings 4,3 Milliarden Euro allein als letzte Rate zum Aufbau des Eigenkapitals beim Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) dienen. Wir halten die Vorgaben der Schuldenbremse deutlich ein und haben einen kleinen Puffer. Strukturell ist in diesem Jahr sogar ein kleiner Überschuss möglich. Ab 2015, erstmals seit 1969, kommt der Bundeshaushalt völlig ohne neue Kredite aus. Wir werden im Zuge der parlamentarischen Beratungen alles tun, damit dieses Ziel erreicht werden kann.